AntiPOVERTY MAG
Magazin des Europäischen Netzwerks gegen Armut
NO. 129 | 2009
April–August, 2009
www.eapn.eu

10 Fragen an das nächste Europäische Parlament

Politische Entscheidungsträger der EU antworten dem EAPN

Europawahl: Wozu eigentlich?

Bestimmung der EU-Prioritäten: Ihre Wahl zählt!

Fintan Farrell, Vorsitzender des EAPN

Dies ist eine Spezialausgabe des EAPN-Magazins zur Europawahl. Zwischen dem 4. und 7. Juni werden in den 27 EU-Mitglied-staaten Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen, um über das Europäische Parlament für den Zeitraum 2009-2014 zu entscheiden. Der Ausgang dieser Wahl wird eine enorme Auswirkung haben, und zwar nicht nur auf die in der EU lebenden Menschen, sondern auch auf die gesamte globale Gemeinschaft.

Die Wahl findet vor dem Hintergrund der schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit den 1930er-Jahren statt. Nach Ansicht des EAPN liegt einer der Hauptgründe für diese Krise im jahrelangen Versäumnis, innerhalb der EU und auf globaler Ebene Armut adäquat anzugehen und die wachsenden Ungleichheiten zu bekämpfen. In dieser Ausgabe stellt das EAPN seine zehn Forderungen an das nächste Europäische Parlament vor, um die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen und um eine sozialere und nachhaltigere EU zu erreichen, die allen Menschen ein Leben in Würde garantieren kann. Wir haben die politischen Hauptgruppierungen im aktuellen Europäischen Parlament gebeten, auf unsere Forderungen zu antworten und ihre Vision eines sozialen Europas vorzustellen. Wir hoffen, dass die Lektüre dieses Magazins zu Ihrer Information beiträgt, in Hinblick auf die wichtige Entscheidung, die wir alle mit unserer Wahl treffen müssen.

Die Europawahl muss ein echtes Bewusstsein für die gesellschaftliche Vision und die Handlungsprioritäten der Kandidatinnen und Kandidaten und der politischen Parteien wecken, die sich zur Wahl stellen. Der Wahlkampf könnte die Gelegenheit werden, das in der EU wahrgenommene demokratische Defizit anzugehen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Parteien alternative Visionen kommunizieren können, die den Wählerinnen und Wählern eine echte Wahl ermöglichen. Die Medien müssen eine Hauptrolle übernehmen, damit diese Kommunikation möglich wird.

Es reicht nicht, dass 27 verschiedene Wahlen mit verschiedenen nationalen Prioritäten einfach zur gleichen Zeit stattfinden. Das nächste Parlament wird den Präsidenten der Europäischen Kommission wählen und die Richtung der europäischen Prioritäten vorgeben. Wir brauchen eine Wahl, bei der es wirklich um die Prioritäten geht, die auf EU-Ebene verfolgt werden sollen. Der Kampf gegen Armut und Ungleichheit wird hoffentlich eine dieser Prioritäten sein. Ihre Wahl ist entscheidend.

Inhalt

Leitartikel – Inhalt 2

Europawahl: Wozu eigentlich? 3

Wichtigste Forderungen des EAPN an das nächste Europäische Parlament 4

Zehn Forderungen, damit der Kampf gegen Armut Herzstück der EU-Agenda wird 5

„Solidarität ist das Fundament unserer Gesellschaft“ – Europäische Volkspartei 7

„Forderung nach einem europäischen Pakt für sozialen Fortschritt“ – Sozialdemokratische Partei Europas 8

„Der soziale Zusammenhalt ist eine Hauptpriorität“ – Europäischen Grünen 10

„Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität“ – Europäische Linke 11

„Auf freiem Wettbewerb beruhende wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa, um den höchstmöglichen Lebensstandard zu erreichen“ – Europäische Liberaldemokraten 12

Europawahl: Einige Netzwerke sind bereits aktiv 13

Das Europäische Parlament – Eine Kurzdarstellung 14

EUROPEAN ANTI POVERTY NETWORK

AntiPOVERTYMAG

Magazine of the European Anti Poverty Network

N°129, April – July 2009

Editor: Fintan Farrell

Responsible for publication: Nellie Epinat

Contributors: Claire Champeix, Coralie Flémal

Square de Meeûs 18, 1050 Brussels

Tel: +32 2 226 58 50, Fax: +32 2 226 58 69

Email: team@eapn.eu, Website: www.eapn.eu

This magazine is supported by the Directorate-General for Employment, social affairs and equal opportunities of the European Commission. Its funding is provided for under the European Community Programme for Employment and Social Solidarity PROGRESS (2007–2013).

For more information see:

http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_en.html

The information contained in this publication does not necessarily reflect the position or opinion of the European Commission.

Die Europawahl: Wozu eigentlich?

Die EU-Debatten scheinen oft weit entfernt von unserem Alltag zu sein, doch bestimmen sie 80 % der Gesetze, die sich auf unser tägliches Leben auswirken. Das Europäische Parlament ist ein Hauptakteur im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung sowie beim Aufbau einer integrativeren Gesellschaft mit größerem Zusammenhalt.

Aus diesem Grunde hat sich das EAPN entschlossen, eine Kampagne zur Europawahl zu starten und den Kandidatinnen und Kandidaten zehn Forderungen vorzulegen.

Das Europäische Parlament legt an Macht und Bestimmtheit zu

Nach dem Vertrag von Nizza benennt das neu gewählte Europäische Parlament den nächsten Präsidenten der Kommission. Das Europäische Parlament ist nicht mehr die rein beratende Versammlung, als die es ursprünglich eingerichtet wurde, sondern hat sich zu einer echten gesetzgebenden Versammlung entwickelt. Das Mitentscheidungsverfahren deckt jetzt 43 Bereiche ab (zu diesen gehören Anreizmaßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung, Asylpolitik, Maßnahmen gegen illegale Einwanderung und Anreizmaßnahmen für Beschäftigung). Wenn der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt, werden die Zuständigkeiten des Parlaments ausgeweitet, insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres (wozu auch die Migrationspolitik gehört), Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Kohäsionspolitik.

Vor kurzem nutzte das Europäische Parlament die Mitentscheidungsbestimmungen und sein Recht, Initiativberichte anzunehmen, um eine ehrgeizige Vision eines sozialen Europas zu verteidigen, das näher an den Sorgen der Menschen ist. Das aktuelle Europäische Parlament wurde zum Beispiel im Bereich der Dienstleistungen aktiv (siehe die Europäische Resolution zu einer Europäischen Charta zu den Rechten der Energieverbraucher, die im Juni 2008 angenommen wurde) sowie bei der kontroversen Frage der Arbeitszeitregelung. Der Bericht der Europaabgeordneten Marie Panayotopoulos-Cassiotou zum Jahr gegen Armut 2010 führte auf Verlangen des EAPN und weiterer sozialer NRO zu einer Verstärkung dieser Thematik, insbesondere der Frage des Zugangs zu Rechten und Mitteln, zur Gesundheitsversorgung und zum Sozialschutz sowie zu einem stärkeren Engagement der Kommission hinsichtlich der Beteiligung kleiner NRO und Basis-NRO an diesem Jahr.

Die Ansichten des EAPN werden von Europaabgeordneten berücksichtigt

In der aktuellen Legislaturperiode bewirkte die aktive Lobbyarbeit des EAPN auf nationaler und europäischer Ebene, dass die Europaabgeordneten auf unsere Ansichten aufmerksam wurden. Verschiedene Berichte des Europäischen Parlaments griffen unsere Belange auf, insbesondere zum Thema Beschäftigung (Bericht aus dem Jahr 2008 von Anne Van Lancker zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien 2008-2010), soziale Eingliederung (Bericht von Gabriele Zimmer aus dem Jahr 2008; Bericht von Jean Lambert von 2009), Sozialwirtschaft (Bericht von Patrizia Toia von 2009) und Bestimmungen zur Energiearmut im Energiepaket (Eluned Morgan). Der Bericht des Europäischen Parlaments zum Elektrizitätsbinnenmarkt (Berichterstatterin Eluned Morgan) forderte starke Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut und unterstützte die Forderung des EAPN, das Thema zu einem Top-Thema der EU-Agenda zu machen (der endgültige, weniger fortschrittliche Text wird zur Zeit mit dem Rat besprochen). Jüngst spiegelte der Bericht von Jean Lambert zur aktiven Eingliederung unsere Ansichten sehr stark wider. Er wird ein wertvolles Instrument sein, wenn es darum geht, auf die Umsetzung der Empfehlung zur aktiven Eingliederung zu drängen, die im Oktober 2008 von der Kommission angenommen wurde.

Allgemein zielte das EAPN darauf ab, Sichtbarkeit und regelmäßige Arbeitsbeziehungen mit dem Europäischen Parlament über verschiedene Kanäle zu entwickeln.

- Zusammen mit ATD Fourth World haben wir das Sekretariat der Intergroup des Europäischen Parlaments gegen Armut und soziale Ausgrenzung unterstützt. Wir nahmen auch an anderen Intergroup-Treffen teil, insbesondere der Intergroup zur Sozialwirtschaft. Unter Vorsitz eines Europaabgeordneten kommen in den Intergroups zahlreiche Europaabgeordnete verschiedener politischer Gruppierungen zusammen und tauschen sich über ein Thema aus. Intergroups möchten die Sichtbarkeit und übergreifende Debatten zu ihren Themen fördern und kommentieren die Aktivitäten des Parlaments in diesem Bereich.
- Das EAPN betreibt einen systematischen Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie mit den Vorsitzenden der wichtigsten Fraktionen.
- Das EAPN nahm an relevanten spezifischen Anhörungen teil, die von Fraktionen und Ausschüssen organisiert wurden.
- Das EAPN unterhält regelmäßigen Kontakt zu Europaabgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Europäischen Parlaments, die unseren Ideen nahestehen und aktiv an EAPN-Veranstaltungen teilgenommen haben.

In den nächsten Monaten werden die neu gewählten Europaabgeordneten ein Hauptziel der EAPN-Kampagne für adäquate Mindesteinkommen sein und auch unserer allgemeineren Kampagne, die auf dem EAPN-Manifest beruht. Die Forderung nach adäquaten Mindesteinkommensmodellen wird auf einer Veranstaltung präsentiert, die für September im Parlament geplant ist.

Die nationale Ebene ist für den regelmäßigen Dialog entscheidend

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte EU-Institution und die Europaabgeordneten sind in erster Linie gegenüber ihren nationalen und lokalen Wählerinnen und Wählern verantwortlich. Das EAPN hat die Erfahrung gemacht, dass Europaabgeordnete eher geneigt sind, EAPN-Positionen in Brüssel aufzugreifen, wenn sie bereits die EAPN-Aktivitäten gegen Armut in ihrem eigenen Wahlkreis kennen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass soziale NRO vor Ort in engem Kontakt mit ihnen stehen, und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern auch während der Legislaturperiode. Wir müssen unsere Arbeit sichtbar machen, die Realität und die Schwierigkeiten, denen wir begegnen und auch, was wir von politischen Entscheidungsträgern erwarten.

Es ist nicht leicht, Verbindungen zwischen der Realität vor Ort und Debatten auf EU-Ebene herzustellen. Der Kontakt zu Europaabgeordneten auf beiden Ebenen kann daher sehr fruchtbar sein. Auf diese Weise lässt sich demonstrieren, dass die allgemeinen Positionen, die wir auf EU-Ebene beziehen, mit der konkreten Erfahrung unserer Mitglieder übereinstimmen und dass ein sozialeres Europa dringend nötig ist und auch gefordert wird.

Das Engagement für die EAPN-Kampagne zur Europawahl ist kein Ziel an sich, sondern der Startpunkt für die Beziehung, die wir zu den Frauen und Männern aufbauen müssen, die uns vertreten. Nur eine langfristige und anspruchsvolle Beziehung zu unseren politischen Vertreterinnen und Vertretern kann dazu beitragen, das demokratische Defizit in der EU zu bekämpfen.

Claire Champeix (Verantwortl. Politik des EAPN)
und das EAPN-Team Politik

Wichtigste Forderungen des EAPN an das nächste Europäische Parlament:

Der soziale Zusammenhalt und die Überwindung von Armut und Ungleichheit müssen für die EU absolute Priorität haben!

Aktueller EU-Ansatz gescheitert

Aufgrund der Dominanz der wettbewerbsorientierten und neoliberalen Politik durchlebt die EU zur Zeit die schlimmste finanzielle, wirtschaftliche, soziale und politische Krise seit den 1930er-Jahren. Die unausweichlichen Folgen sind eine Zunahme der Armut und der sozialen Ausgrenzung: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren ihren Job, Geringverdiener verlieren ihr Zuhause bzw. können sich keine Unterkunft mehr leisten. Wer keine Arbeit hat, findet sich noch weiter vom Arbeitsmarkt entfernt. Familien verschulden sich immer höher, und Menschen an der Armutsgrenze sind von gekürzten oder eingefrorenen Sozialleistungen bedroht. Als Reaktion auf die Krise finanzieren die Regierungen der EU astronomische Hilfspakete für Finanzinstitutionen.

Aber zu welchem Preis? Und werden diese Milliardeninvestitionen den Bedürfnissen der in der EU lebenden Menschen gerecht?

Das aktuelle Finanz- und Wirtschaftssystem, das von der Lissabonner EU-Strategie unterstützt wird, basiert auf dem Vorrang der Märkte vor sozialen Rechten und umweltpolitischen Belangen. Zu häufig hatte dieses Modell den Effekt, dass Armut verschlimmert und soziale Verpflichtungen untergraben wurden, da „Wachstum und Beschäftigung“ Vorrang um jeden Preis eingeräumt wurden. Diesem Modell ist es nicht gelungen, das Gemeinwohl zum Herzstück der EU-Maßnahmen zu machen. Die EU bevorzugte die Liberalisierung und die Verteidigung weitgehend unregulierter Märkte auf Kosten von Strategien, die Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und die Reduzierung der Armut und Ungleichheiten in der EU und weltweit fördern.

Das EAPN fordert einen Neustart

Das neue Europäische Parlament, das als Stimme aller Europäerinnen und Europäer gilt, wird die große Verantwortung haben, eine globale EU-Strategie vorzubereiten und umzusetzen, die die bestehende Lissabonner Strategie ersetzen soll. Dabei muss das Parlament auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen und auf die aktuelle Krise reagieren. Und die Reaktion muss diesmal ganz anders ausfallen!

Die Globalisierung, der Klimawandel, die wirtschaftliche Erholung und der demographische Wandel gelten zur Zeit als größte Herausforderungen der EU. Angesichts 79 Millionen Menschen in der EU, die von Armut betroffen sind, und wachsender Ungleichheiten innerhalb und außerhalb der EU, macht sich bei großen Teilen der Bevölkerung immer stärker ein Gefühl der Unsicherheit und Angst breit. Die EU muss auf diese sehr realen Ängste und Sorgen dringend reagieren.

Der soziale Zusammenhalt, und dabei auch der Kampf gegen Armut und Ungleichheiten sowie eine gerechtere Wohlstandsverteilung innerhalb und außerhalb der EU, müssen als eine der wichtigsten Herausforderungen angesehen werden, die die EU anzugehen hat. Die EU muss der Motor einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung werden, und das Europäische Parlament hat bei der Realisierung dieses Wandels an der Spitze zu stehen.

Die Europaabgeordneten müssen eine wesentliche Rolle als Brücke zwischen den EU-Institutionen und den Wählerinnen und Wählern spielen. Das EAPN fordert alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl auf, auf unsere zehn Forderungen zu reagieren. Wir werden die Wahlkampfaussagen auf nationaler und europäischer Ebene aufmerksam verfolgen und unsere Ansichten publik machen.

Zehn Forderungen, damit der Kampf gegen Armut Herzstück der EU-Agenda wird

1	**Der soziale Zusammenhalt und der Kampf gegen Armut und Ungleichheit** in der EU sowie die Förderung der Fairness auf globaler Ebene müssen zu einer klaren europäischen Priorität werden; außerdem müssen sie eine spezifische Säule einer integrativen sozialen und nachhaltigen Lissabonner Strategie für die Zeit nach 2010 werden. Der Schwerpunkt des Pakets zur wirtschaftlichen Erholung sollte zu dieser Priorität beitragen.
2	**Auf europäischer und nationaler Ebene** sind Ziele für die Reduzierung der Armut und Ungleichheit zu setzen und zu überwachen, und zwar im Rahmen einer klar erkennbaren europäischen Strategie gegen Armut. Diese Strategie sollte spezifische Maßnahmen beinhalten, mit denen extreme Formen der Armut angegangen werden können, und auf relative Armut reagieren, um so eine gerechtere Gesellschaft zu garantieren. Die Strategie sollte von einer gestärkten offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung gestützt werden sowie durch das Follow-up der Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung.
3	Nötig sind **Maßstäbe für eine aktive Governance** bei Entscheidungsprozessen auf nationaler und europäischer Ebene. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung sämtlicher Maßnahmen, die sich auf Armut und soziale Ausgrenzung auswirken, ist die Beteiligung von NRO, die im Kampf gegen Armut aktiv sind, und die Beteiligung von Menschen, die von Armut betroffen sind, sicherzustellen
4	Es ist ein **europäischer Rahmen** zu entwickeln, der hohe Sozialstandards verteidigt und allen Menschen ein Leben in Würde garantiert. Ein wichtiger Schritt bei der Festlegung dieses Rahmens wäre eine allgemeine Richtlinie zu adäquaten Mindesteinkommen als Follow-up der Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung.
5	Sicherzustellen ist der **Zugang aller Menschen** zu erschwinglichen und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, einschließlich der Sozial-, Bildungs-, Kinderbetreuungs- und Gesundheitsdienste sowie der Dienstleistungen im Bereich Wohnen, Verkehrsmittel, Energie- und Wasser. Die Besonderheiten dieser Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sollten durch EU-Recht anerkannt werden, und es sollte eine Bewertung durchgeführt werden, welche Auswirkung die Privatisierung und Liberalisierung dieser Dienstleistungen auf den sozialen Zusammenhalt, Armut und Ungleichheit haben.
6	Die **Verpflichtung zu „anständigen und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen“** soll wieder Herzstück der europäischen Beschäftigungsstrategie werden, und zwar durch eine Analyse der Gründe für den Anstieg der „arbeitenden Armen“ und der Vorteile, die adäquate Löhne als Basis für ein nachhaltiges Wachstum haben. Ziel ist, die Schaffung „grüner und sozialer Jobs“ zu fördern, die den Klimawandel bekämpfen, auf die Fehler des Marktes reagieren, die wirtschaftliche Erholung unterstützen und vielen Menschen stabile und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze bieten
7	Die **Sozialwirtschaft und integrative Unternehmensansätze** sind zu unterstützen, da sie wesentliche Quellen für die Schaffung integrativer Arbeitsplätze sind; außerdem sind die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Menschen konkret zu unterstützen. Sicherzustellen ist, dass dieses Ziel in den EU-Beschäftigungsmaßnahmen und als spezifisches Ziel der EU-Strukturfondsausgaben widergespiegelt wird.
8	Nötig ist eine **Stärkung der EU-Antidiskriminierungsgesetze**, einschließlich des Kampfes gegen Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, sowie die Entwicklung besserer Systeme für die Einhaltung bestehender Gesetze und für die Förderung proaktiver Politik und Maßnahmen gegen jegliche Formen der Diskriminierung.
9	**Der Kampf gegen Armut** ist in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen, und zwar durch effektive und partizipative Bewertungen der sozialen Auswirkungen, die auch die Beteiligung aller betroffenen Akteure sicherstellen. Eine Priorität sollte eine Bewertung der Auswirkung auf die Steuerpolitik sein, in Hinblick auf die Anhäufung von Reichtum, die Verteilung und Ungleichheiten. Die Entwicklung eines Indikators für gesellschaftlichen Fortschritt, der das soziale und umweltspezifische Wohlergehen widerspiegelt und über den vom Bruttoinlandsprodukt gemessenen Fortschritt hinausgeht, wäre ein wichtiges Instrument, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild machen können, inwiefern wirkliche Fortschritte erzielt werden.
10	**2010 wurde zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung** erklärt: Europaabgeordnete könnten zu Botschaftern dieses Jahres werden. Dabei könnten sie sicherstellen, dass dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung größere Aufmerksamkeit zuteil wird, und zwar im ersten Jahr der erneuerten europäischen Institutionen.

“Solidarität ist das Fundament unserer Gesellschaft” – Die Europäische Volkspartei

Welche Antwort haben Sie auf das EAPN-Manifest zur Europawahl?

Die Europäische Volkspartei erkennt die Bedeutung der zehn von Ihnen genannten Punkte an. Armut muss zum Herzstück der EU-Agenda werden. Viele der vom EAPN genannten Punkte fallen jedoch unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Die EVP ist ebenfalls der Meinung, dass die wirtschaftliche Erholung, der Klimawandel und der demographische Wandel zu den wichtigsten Herausforderungen gehören, denen die Europäische Union gegenübersteht.

Wir stimmen der Ansicht zu, dass die EU eine soziale und nachhaltige Entwicklung fördern muss. Außerdem glauben wir an ein starkes Europäisches Parlament. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das Europäische Parlament eine Hauptrolle spielen muss, um Brücken zwischen den EU-Institutionen und den Menschen in Europa zu bauen.

Darüber hinaus möchten wir betonen, wie wichtig es ist, hohe Sozialstandards zu verteidigen, um allen Menschen ein Leben in Würde zu garantieren. Der Zugang zu erschwinglichen, qualitativ hochwertigen Dienstleistungen muss ebenfalls sichergestellt werden. Anständige und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze müssen vehement unterstützt werden, genau wie die soziale Marktwirtschaft und integrative Unternehmensansätze.

Wie sehen Ihre sozialen Prioritäten für die nächste Legislaturperiode aus?

Die Europäische Volkspartei betrachtet Solidarität als Fundament unserer Gesellschaft. Die Wirtschaft dient einer Gesellschaft, die auf dem einzelnen Menschen, auf Freiheit, Solidarität und dem sozialen Zusammenhalt beruht. Dies spiegelt sich in unserer Idee einer sozialen Marktwirtschaft wider. Für uns hatte das europäische Projekt schon immer eine soziale Dimension.

Wir glauben nicht nur, dass wirtschaftliche Dynamik in Europa mit sozialer Verantwortung vereinbar ist, sondern halten sie für eine Voraussetzung dafür. **Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Einkommen, auf Arbeit und auf eine Altersrente. Dies wird immer mehr zu einer Herausforderung, da steigende Preise für Nahrungsmittel und Energie insbesondere Menschen mit niedrigeren Einkommen und Arbeitslose betreffen. Es ist wichtig, weiterhin eine wissensbasierte Gesellschaft zu fördern, die in der Lage ist, neue und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen einerseits Menschen in Not helfen, indem das Prinzip der Solidarität angewandt wird, und andererseits ein stimulierendes Element haben, das Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht.**

Arbeit für alle ist das zentrale Ziel unserer

Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei

Wirtschafts- und Sozialpolitik und gleichzeitig auch der wirksamste Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Neue und nachhaltige Arbeitsplätze können nur von einer dynamischen Wirtschaft geschaffen werden. Die EVP hält die Arbeitslosenquote in einigen Teilen Europas für inakzeptabel. Mangelnde Qualifikationen, speziell bei der unteren Arbeitsmarktkategorie, tragen zu diesem Problem genauso bei wie das hohe Steuerniveau. Wir benötigen aktivere Systeme, um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen zu steigern. In erster Linie erfordert dies eine Investition in Humankapital, um gut ausgebildete und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten.

Die Möglichkeit zur Förderung „grüner“ Investitionen muss ebenfalls sondiert werden. Dies verbessert die Position der europäischen Volkswirtschaften und schafft neue Arbeitsplätze. Die EU muss sich auch darum bemühen, dass die europäischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Werte, die auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum abzielen, von den entstehenden neuen Wirtschaften als ein attraktives Modell wahrgenommen werden. Dadurch kann die Rolle der EU als globaler Partner gestärkt und aufrechterhalten werden.

Die Hauptvorschläge der Europäischen Volkspartei

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist unsere oberste Priorität. Nur, wenn wir eine hohe Beschäftigung erreichen, sind wir in der Lage, Wohlstand für alle und die Zukunft unserer Sozialschutzsysteme zu sichern. Es ist unsere Pflicht, auf gute Arbeitsbedingungen und auf zuverlässige Sozialschutzsysteme zu achten. Und schließlich benötigen wir aktivere Systeme, um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen zu steigern.

Die Koordinierung von Forschungsprogrammen muss verbessert werden, und die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung müssen 2010 auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden und 2015 auf 4 %, um die Position Europas in den Bereichen Forschung und Innovation zu verbessern.

Nationale politische Entscheidungsträger in ganz Europa müssen die Lebensfähigkeit der Sozialschutzsysteme verbessern.

Die Last der Rentenmodelle muss proportional zwischen den Generationen aufgeteilt werden, damit die Solidarität zwischen den Generationen erhalten bleibt.

Einzuführen ist eine familienfreundliche Politik, die die Flexibilität arbeitender Eltern verbessert.

Nötig sind eine bessere Kinderbetreuung und Wohnungspolitik, außerdem muss die Elternzeit für beide arbeitenden Elternteile unterstützt werden.

Ein flexibler Renteneintritt ist zu unterstützen, und Menschen, die noch gesundheitlich in der Lage und willens sind, zu arbeiten, sollten die Möglichkeit dazu bekommen, selbst wenn sie ihr offizielles Rentenalter schon überschritten haben.

Lebenslanges Lernen ist besonders wichtig, damit den Herausforderungen des technologischen Wandels begegnet werden kann.

Die **Europäische Volkspartei** steht politisch mitte-rechts und setzt sich für ein föderales Europa ein. Ihr gehören im aktuellen EP 277 der 732 Sitze. Siehe www.epp.eu

“Forderung nach einem europäischen Pakt für sozialen Frieden”

– Die Sozialdemokratische Partei Europas

Welche Antworten haben Sie auf das EAPN-Manifest zur Europawahl?

Ich begrüße das Engagement des EAPN im Kampf gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) ist ebenfalls der Meinung, dass der Kampf gegen Ausgrenzung und Ungleichheit eine oberste Priorität sein muss. Genau wie das EAPN sind wir fest davon überzeugt, dass Vollbeschäftigung, starke öffentliche Dienstleistungen und vernünftige Arbeitsplätze die zentrale Säule dieser Strategie sein müssen. All dies spiegelt sich in der Bilanz der SPE-Europaabgeordneten der letzten fünf Jahre und in unserem ehrgeizigen Programm für die nächste Legislaturperiode wider.

Was waren Ihre wichtigsten Erfolge in der aktuellen Legislaturperiode?

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat seit 2004 echte Fortschritte erzielt. Sie fungierte als Bollwerk für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber einer Europäischen Kommission und einem Rat, die beide von Konservativen dominiert werden. Erst letzten Dezember standen wir an der Spitze einer Kampagne gegen eine Arbeitszeitverlängerung und votierten vehement für eine Arbeitswoche von maximal 48 Stunden, eine Politik also, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützt und in die Lage versetzt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Wir unterstützen auch die Sicherheit der Arbeitsplätze, indem wir darauf bestehen, dass das Europäische Arbeitsrecht Beschäftigungsrechte und unbefristete Verträge aufrecht erhält. Wir stimmten für neue Rechte für Zeitarbeiter und schlugen Änderungen vor, die auf eine Stärkung der Betriebsräte abzielten. Während die Rechte zugelassen hat, dass die Bewegungsfreiheit Lohnabkommen untergräbt, hat die SPE-Fraktion die Bewertung der problematischen Entsendungsrichtlinie auf die politische Agenda zurückgebracht.

Universell zugängliche, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind ein weiterer Eckstein jedweder glaubwürdiger Strategie gegen Armut. Die Sozialdemokraten spielten eine führende Rolle in der Kampagne für einen klaren europäischen rechtlichen Rahmen für diesen Bereich. Wir setzten Änderungen der Dienstleistungsrichtlinie durch, um die soziale Absicherung zu schützen, um das ungerechte „Herkunftslandprinzip“ abzuschaffen und um Gefahren für das Recht auf Arbeit zu beseitigen. Ein großer Erfolg in diesem Bereich war, dass es uns gelang, die soziale Eingliederung, erschwingliche öffentliche Dienstleistungen, eine bessere Finanzregulierung und gerechtere Lohnabkommen in die Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu integrieren. Dieser Erfolg spiegelte sich in unseren Aktionen im Jahr 2005 wider, als wir forderten, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt den Sozialschutz sichern und die Ausgaben wieder auf wichtige öffentliche Investitionen lenken muss.

Wie Jacques Delors und ich in dem Bericht Das Neue Soziale Europa schrieben, muss die EU „einen Prozess in Angriff nehmen, bei dem die Globalisierung gemanagt wird und dadurch Bedingungen für einen weithin geteilten Wohlstand und soziale Gerechtigkeit [...] geschaffen werden“. Einer unserer Erfolge war 2007 die Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, der sich auf 500 Millionen Euro beläuft und entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hilft, eine neue Arbeit zu finden. Wir übten dann Druck auf die Kommission aus, die Flexibilität und Reichweite des Fonds auszuweiten, sodass eine Finanzierung über längere Zeiträume und von Kleinstkrediten und gemeinschaftlichen Projekte möglich ist.

Poul Nyrup Rasmussen, President of the Party of European Socialists

Bei all diesen Bemühungen stießen wir immer wieder auf die Opposition der Konservativen und Liberalen. Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, dass weder die rechte EVP noch die liberale ALDE Ungleichheit oder Armut in ihren Programmen für die anstehende Wahl überhaupt erwähnen. Im Programm der SPE aber stehen eine Reihe konkreter Vorschläge für ein soziales Europa. So freue ich mich, den Aktivisten im Kampf gegen Armut mitteilen zu können, dass sich viele Forderungen des EAPN in unserem Programm wiederfinden.

Wie sehen Ihre sozialen Prioritäten für die nächste Legislaturperiode aus?

In unserem Programm fordern wir einen europäischen Pakt für sozialen Fortschritt, mit Zielen und Standards für die nationale Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik, um Sozialleistungen zu garantieren, die auf den Bedürfnissen beruhen. Darüber hinaus müsste jedes neue europäische Gesetz eine soziale Fortschrittsklausel enthalten. Wir engagieren uns ebenfalls für die weitere Forderung nach einem europäischen Rahmen für öffentliche Dienstleistungen, einem europäischen Pakt für Löhne (als Reaktion auf die Notwendigkeit angemessener Mindestlöhne) und einer Neubewertung der Entsendungsrichtlinie. Zu unseren weiteren Prioritäten zählen die Altenpflege, bessere Informations- und Beratungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher, eine Finanzregulierung und Antidiskriminierungsmaßnahmen. All diese Elemente spielen eine wichtige Rolle im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Man braucht nicht weiter zu erklären, dass die aktuelle Wirtschaftslage eine ernsthafte Gefahr für den sozialen Zusammenhalt darstellt. Aus diesem Grunde haben wir als Teil unserer Strategie für eine gerechtere Gesellschaft einen ehrgeizigen Plan zur wirtschaftlichen Erholung entwickelt, der auf grünem Wachstum und grünen Arbeitsplätzen basiert. Dazu gehören Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, in Forschung und Entwicklung, in Infrastrukturprojekte und in Energieeffizienz sowie ein Fonds für neue Qualifikationen, der für die Zukunft bessere Arbeit garantieren soll.

Im Gegensatz zu den rechten politischen Parteien glauben wir nicht, dass die Wirtschaftskrise ein unvermeidliches Naturgesetz ist. Wir sind der Überzeugung, dass wir unsere Zukunft gestalten können und dass aus den aktuellen Schwierigkeiten eine stärkere und gerechtere Welt hervorgehen kann. Bei dieser Europawahl geht es mehr als jemals zuvor um politische Entscheidungen. Ich lade daher alle, die unsere politische Vision eines fortschrittlichen Europas teilen, dazu ein, unsere Wahlkampf-Website zu besuchen (elections2009@pes.org), unser Programm zu lesen und ihr Stimmrecht dafür zu nutzen, dass die Menschen wieder an erster Stelle stehen. Andere mögen ewig debattieren, aber wenn wir von der Sozialdemokratischen Partei Europas sagen, dass Armut und soziale Ausgrenzung inakzeptabel sind, dann meinen wir das ernst.

Poul Nyrup Rasmussen
Sozialdemokratische Partei Europas

Die **Sozialdemokratische Partei Europas** vereinigt die sozialistischen und die sozialdemokratischen Parteien sowie die Arbeiterparteien der Europäischen Union.

Ihr gehören im aktuellen EP 213 der 732 Sitze. Siehe www.pes.org

“Der soziale Zusammenhalt ist eine Hauptpriorität”

– Die Europäischen Grünen

Wie sehen die wichtigsten Erfolge aus, die die Europaabgeordneten Ihrer Partei in der aktuellen Legislaturperiode erzielen konnten, um eine positive Entwicklung des sozialen Europas sicherzustellen?

Der Kampf gegen Armut ist Herzstück der politischen Prioritäten der Europäischen Grünen. Im aktuellen Europäischen Parlament hat die Fraktion der Grünen hart für die Rechte der ärmsten Menschen in Europa gekämpft, angesichts einer neoliberalen und konservativen Politik, die bei den sozialen Standards zwischen den Mitgliedstaaten viel zu oft einen Wettbewerb bis zum Äußersten begünstigt.

Es ist uns auch gelungen, dass in der Antidiskriminierungsrichtlinie die Idee der Mehrfachdiskriminierung anerkannt wurde. Außerdem konnten wir andere Fraktionen davon überzeugen, den Aufgabenbereich der Richtlinie auszuweiten, sodass sie jede Art der Diskriminierung abdeckt, ungeachtet der Gründe. Die Grünen spielten eine zentrale Rolle bei der Stärkung der Arbeitszeitrichtlinie. Insbesondere ist es uns gelungen, das vorgeschlagene „Opt-out“ herauszunehmen, das diese Richtlinie aktuell schwächt und bedeutet, dass sehr viele Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer schutzlos sind. Bei den Sozialleistungen gelang es maßgeblich den Grünen, Verordnung 883/2004 umzusetzen.

Ulrike Lunacek, Sprecherin

Diese Verordnung stellt sicher, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich innerhalb der Europäischen Union bewegen, ihre Sozialleistungen behalten, über ihre Rechte informiert werden und Zugang zu Gesundheitsdiensten und zur Sozialversicherung haben. Die Grünen führten auch eine erfolgreiche parlamentarische Kampagne für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ durch, die sicherstellen soll, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU, einschließlich der mobilen Arbeitskräfte, an ihrem Arbeitsplatz die gleichen Rechte genießen. Dies betraf u.a. die Entsendung von Arbeitskräften, die Zeitarbeit, das Streikrecht und Arbeitskampfmaßnahmen sowie das geschlechtsspezifische Lohngefälle.

Welche Antwort haben Sie auf das EAPN-Manifest zur Europawahl?

Die Grünen begrüßen die wertvolle Arbeit des Europäischen Netzwerks gegen Armut, und dabei insbesondere die Herausforderung, die die wichtigsten Forderungen des EAPN für politische Parteien darstellen. Ihren Forderungen stimmen wir ganz allgemein zu. Unsere Kommentare zu den einzelnen Forderungen sehen folgendermaßen aus:

1. Der soziale Zusammenhalt sollte keine Säule, sondern Herzstück jeder Aktion sein. Wir müssen aktivierende Arbeitsmarktmaßnahmen, die dem Einzelnen die Schuld zuweisen, zugunsten eines integrativen sozialen Zusammenhalts aufgeben.

2. Wir freuen uns auf gemeinsame Aktionen im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut 2010. Wir möchten weiterhin die Verbindung zwischen Armut und Umweltbedingungen ausarbeiten. Die am stärksten von Armut betroffenen Menschen leiden am stärksten unter der Umweltzerstörung. Hier können wir auf langjähriger grüner Erfahrung aufbauen.

3. Die Grünen gingen in den 1970er- und 1980er-Jahren aus Basisbewegungen hervor und sind ihren Grundsätzen und der Idee der aktiven Governance treu geblieben. Die Grünen werden weiterhin die undurchsichtigen Strukturen der EU bekämpfen, wie etwa Hochrangige Sachverständigengruppen, und eine echte Beteiligung aller Akteure fordern.

4. Die Grünen werden sich auch künftig am Kampf zum Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) beteiligen. Wir haben stets eine allgemeine Richtlinie zu den DAI gefordert, die von Gesetzen zu Gesundheits- und Sozialdiensten begleitet wird.

5. Der jüngste Vorschlag der Kommission zu grenzüberschreitenden Gesundheitsdiensten geht in die falsche Richtung, da er auf einem Marktansatz beruht.

6. Die Grünen unterstützen die Kampagne für anständige Arbeitsplätze. Anstatt Jobs zu subventionieren, die die Umwelt gefährden oder einen Lohn bieten, von dem man nicht leben kann, benötigen wir eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifikationen und guten Arbeitsbedingungen beruht.

7. Die Grünen unterstützen die Sozialwirtschaft und kämpfen für deren Schutz.

8. Im Bereich Antidiskriminierung haben wir viel erreicht, doch der Weg ist noch weit.

Philippe Lamberts, Sprecher

9. Soll der Kampf gegen Armut in allen politischen Bereichen berücksichtigt werden? Ja!

10. Wir freuen uns, mit Ihnen und weiteren Akteuren zusammenzuarbeiten und danken Ihnen für die Hilfe und Unterstützung, die Sie unseren Europaabgeordneten bieten.

Wie sehen Ihre sozialen Prioritäten für die nächste Legislaturperiode aus?

Die Sicherung von Grundrechten wird Herzstück unseres Handelns sein.
Eine Maßnahme von großem praktischen Nutzen und auch von großem symbolischen Wert wäre die Einführung von Sozialklauseln, um zu demonstrieren, dass Grundregeln und die Grundrechtecharta Vorrang vor den Marktgesetzen haben. Außerdem fordern wir eine Stärkung der Sozialpolitik bei der Welthandelsorganisation. Die Grünen werden daran arbeiten und werden auch das Europäische Jahr gegen Armut dafür nutzen.

Zu unseren speziellen Anliegen zählt auch die Revision der Entsendungsrichtlinie, damit diese allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die gleichen Rechte am Arbeitsplatz garantiert. Um Sozialdumping entgegenzuwirken, müssen außerdem allen Arbeitskräften Mindestrechte eingeräumt werden.

Wir unterstützen gesetzliche Maßnahmen, die das Recht auf ein angemessenes Einkommen stärken und hoffen, dass wir die Idee eines Grundeinkommens innerhalb der EU verbreiten können. Außerdem möchten wir neue und innovative Ideen finden, die Armut wirklich bekämpfen und nicht nur verwalten.
Lissabon hat es nicht gebracht. Die Post-Lissabon-Agenda muss den Menschen wieder in den Mittelpunkt des Handelns stellen und sich auf eine anspruchsvolle und nachhaltige soziale Agenda konzent-

Die Europäischen Grünen setzen sich für die Entwicklung eines nachhaltigen Europas der sozialen Gerechtigkeit ein. 43 Abgeordnete aus 14 Ländern arbeiten zusammen. Siehe www.europeangreens.eu

“Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität” – Die europäische Linke

1. Wie sehen die wichtigsten Erfolge aus, die die Europaabgeordneten Ihrer Partei in der aktuellen Legislaturperiode erzielen konnten, um eine positive Entwicklung des sozialen Europas sicherzustellen?

In der aktuellen Legislaturperiode bestand die wichtigste Aufgabe unserer Europaabgeordneten darin, die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Union der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit voranzutreiben, anstatt hin zu einer hauptsächlich marktorientierten Union. Die Reduzierung der Anzahl der Menschen, die in der Europäischen Union in Armut leben, sollte an erster Stelle der Aufgabenliste stehen.

Der in dieser Hinsicht wichtigste Bericht der gesamten Legislaturperiode wurde von unserer Europaabgeordneten Gabriele Zimmer erstellt. Der „Bericht über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“ wurde im Oktober 2008 mit mehr als 540 Stimmen angenommen.

Der Bericht hob hervor, dass Maßnahmen zur sozialen Eingliederung in erster Linie das Grundrecht aller Menschen auf ein Leben in Würde und auf Teilhabe an der Gesellschaft sicherstellen müssen. Für dieses Ziel müssen Maßnahmen zur sozialen Eingliederung den Menschen ein ausreichendes Einkommen bieten, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden, sowie einen integrativen Arbeitsmarkt, einen besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, Gender Mainstreaming, Antidiskriminierung und aktive Teilhabe.

Unsere Europaabgeordneten waren aber auch für eine Reihe weiterer Berichte zuständig, die zu einem erfolgreichen Ansatz bei den Eingliederungsmaßnahmen beitragen, wie etwa die von MdEP Giusto Catania verfasste Stellungnahme des Parlaments „zu der Lage der Grundrechte in der Europäischen Union in den Jahren 2004-2008“ und der „Bericht über die Zukunft des gemeinsamen europäischen Asylsystems“, um nur einige Beispiele zu nennen.

Außerdem haben unsere Europaabgeordneten zahlreiche Änderungsanträge vorgelegt, um Vorschläge der Kommission oder Berichte anderer Fraktionen zu verbessern. Die aktuellen Mehrheiten im Europäischen Parlament haben jedoch häufig diese sozial orientierten Änderungsanträge blockiert. Wenn wir anständige Arbeitsplätze und angemessene Löhne forderten, trafen wir zum Beispiel stets auf den systematischen Widerstand der konservativen und liberalen Fraktionen.

2. Welche Antwort haben Sie auf das EAPN-Manifest zur Europawahl?

Lothar Bisky, President of the European

Wir stimmen der EAPN-Analyse zu, dass die gescheiterte neoliberale Politik, die die Lissabonner Strategie kennzeichnet, Grund für die schlimmste wirtschaftliche und soziale Krise seit den 1930er-Jahren ist. Die Kommission, der Rat und die Mehrheitsfraktionen im Europäischen Parlament haben der Deregulierung der Märkte Priorität eingeräumt, was auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit ging.

Wir erinnern uns noch gut an die Antworten der Regierungen auf unsere Forderung nach einem finanziellen Engagement, das für ein Mindesteinkommen für alle und einen besseren Zugang zu Bildung, Gesundheitsdiensten und Kinderbetreuung notwendig ist, um so den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Uns wurde stets gesagt, dass es dafür einfach kein Geld gibt. Wir sind daher genau wie das EAPN über die astronomischen Summen erstaunt, die jetzt zur Verfügung gestellt werden, um gescheiterten Bankern aus der Patsche zu helfen.

Die Erfüllung der zehn Forderungen, die das EAPN in seinem Manifest nennt, ist ebenfalls notwendig. In dem bereits erwähnten Zimmer-Bericht werden sie schon in gewissem Maße vom Europäischen Parlament unterstützt. Da der Bericht jedoch keine legislative Wirkung hat, müssen das EAPN und weitere Kräfte innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments weiterhin Druck ausüben, damit die genannten Ziele erreicht werden.

2. Wie sehen Ihre sozialen Prioritäten für die nächste Legislaturperiode aus?

Was wir in der nächsten Legislaturperiode erreichen können, hängt ganz entscheidend vom Ergebnis der Europawahl ab. In der gemeinsamen Plattform der Fraktion der Europäischen Linken für die Europawahl („Gemeinsam für einen Wechsel in Europa“) heißt es, dass das Europa des 21. Jahrhunderts Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität braucht. Mit der Lissabonner Strategie haben sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung rapide verschlechtert. Als skandalöse Realität sind in diesem Zusammenhang längere Arbeitszeiten und ein späteres Rentenalter, unzureichende Löhne, eine steigende Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, Mini-Jobs, befristete Arbeitsverhältnisse und unbezahlte Praktika zu nennen. Unsere Europaabgeordneten werden daher dafür kämpfen, dass das Konzept der „arbeitenden Armen“ durch das Konzept der anständigen Arbeitsplätze und eines Lebens in Würde für alle Menschen ersetzt wird. Aus diesem Grunde werden wir die entsprechenden Entscheidungen, die wir bereits im Europäischen Parlament erreicht haben, weiterverfolgen und für ihre Umsetzung kämpfen. Insbesondere werden wir einen Rahmenansatz fordern, der ein Mindesteinkommen garantiert, das sechzig Prozent des Durchschnittslohns in den einzelnen Mitgliedstaaten entspricht.

Innerhalb und außerhalb der Parlamente werden wir eine Kampagne für die Festlegung von Zielen zur Verringerung der Armut, insbesondere der Kinderarmut, durchführen. Wir werden auch für Gesetze kämpfen, die sich mit besonders verletzlichen Gruppen und Menschen befassen, die aus ethnischen oder anderen Gründen Opfer von Diskriminierung sind.

Weiterhin werden wir uns für eine bessere Koordinierung der Sozialschutzsysteme und die Einführung hoher sozialer Mindeststandards in der gesamten Europäischen Union einsetzen. Wir werden für die Stärkung der Rechte der Gewerkschaften kämpfen und, wo nötig, für die Neuformulierung aktueller Gesetze als Reaktion auf jüngste Urteile des Europäischen Gerichtshofes. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der soziale Zusammenhalt und der Kampf gegen Armut Hauptziele der Europäischen Union werden..

Die Europäische Linke. Im aktuellen Europäischen Parlament gehören 41 Europaabgeordnete der Fraktion der GUE/NGL an.

www.european-left.org/english/elections_2009/electoral_platform

“Auf freiem Wettbewerb beruhende wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa, um den höchstmöglichen Lebensstandard zu erreichen”

– Die Europäischen Liberaldemokraten

Im Gegensatz zu den anderen Artikeln dieses Magazins basiert der folgende auf Ausschnitten aus dem Programm der Europäischen iberaldemokraten.

Die Liberalen haben zu Friede, Einheit und Wohl-stand in der EU beigetragen

Seit mehr als sechzig Jahren leisten die Liberalen in der Europäischen Union einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung von Frieden, Einheit und Wohlstand. Wir werden uns auch weiterhin für eine handlungsfähige und demokratische Europäische Union, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, eine gesunde Umwelt und die Förderung der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte einsetzen. Wir möchten, dass die Europäische Union beim Kampf gegen die weltweiten Sicherheitsprobleme sowie bei der Bewältigung der internationalen Finanzkrise und der daraus entstandenen Folgen eine Vorreiterrolle übernimmt. Die Union muss auf der Basis der Werte und Grundsätze der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft modernisiert und gestärkt werden. Die Liberalen bilden die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament und tragen so wesentlich zur Gestaltung von Gesetzgebung und politischen Strategien bei..

… and expect the soon implementation of the Lisbon Treaty

Die ELDR ist von der Notwendigkeit der Annahme des Vertrags von Lissabon überzeugt. Durch diesen Vertrag werden die Institutionen der Europäischen Union erheblich reformiert, wird mehr Transparenz geschaffen und der demokratische Charakter gestärkt. So erhält die EU die notwendigen Instrumente, um sich den heutigen globalen Herausforderungen zu stellen. Die Europäischen Liberaldemokraten fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, sich über eine schnelle Einführung des Vertrags zu verständigen.

Freiheiten!

Die ELDR fordert die Respektierung aller Grundfreiheiten in der EU, insbesondere Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit und Eigentumsfreiheit. Hierzu gehören auch die Wahrung der Rechte von Minderheiten, der Rechte des Individuums zum Schutz der Privatsphäre und der personenbezogenen Daten. Die ELDR setzt sich dafür ein, dass die EU ein Raum wird, in dem Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit umfassend gewährleistet sind, und fordert eine stärkere Kooperation zwischen Polizei und Justizbehörden, um einen wirksamen Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorismus und Korruption zu ermöglichen. Die grundlegenden Verfahrensrechte von Tatverdächtigen müssen unter allen Umständen respektiert werden. Die ELDR unterstützt das Konzept der „fünften Freiheit“, d.h. den freien Austausch von Wissen, einschließlich größerer Bewegungsfreiheit für Studenten, Akademiker und Forscher zwischen den Mitgliedstaaten, um Innovation und technischen Fortschritt voranzutreiben. Die ELDR fordert einen Europäischen Binnenmarkt für geistiges Eigentum.

Annemie Neyts, President of ELDR

Auf freiem Wettbewerb beruhende wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa, um den höchstmöglichen Lebensstandard zu erreichen

Nach Ansicht der ELDR sind auf freiem Wettbewerb beruhende wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa eine wesentliche Voraussetzung, um den höchstmöglichen Lebensstandard für die Bürger Europas zu erreichen. Die ELDR setzt sich für die EU-Standards weltweit ein. Der Binnenmarkt sollte in den Sektoren Energie, Postdienstleistungen, Finanzdienstleistungen, Bahnverkehr und Gesundheitswesen verstärkt und ausgebaut werden, und der freie Verkehr von Dienstleistungen und Arbeitskräften, einschließlich der weiteren gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen, sollte weiter ausgestaltet werden. Innerhalb der Welthandelsorganisation sollte die EU die treibende Kraft für die Abschaffung von Zöllen und außertariflichen Barrieren sein und sich zudem für die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes nach außen einsetzen.

Die ELDR bestätigt erneut, dass nachhaltiges Wachstum, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und der nationalen Zentralbanken sowie eine gesunde Steuerpolitik nach den Kriterien des Maastrichter Abkommens in allen Mitgliedstaaten, einschließlich der Staaten, die der Eurozone noch nicht angehören, auch künftig für Reichtum und Wohlstand von wesentlicher Bedeutung sind. Nur ein Europa, das wirklich auf den freien Wettbewerb setzt und dadurch Arbeitsplätze und Chancen für alle schafft, stärkt die soziale Dimension des Binnenmarktes.

Strategien wie Nationalisierung wären ein großer Fehler

Die ELDR begrüßt Maßnahmen zur Reform des Finanzsystems und betont, dass diese Reformen auf besserer Regulierung in Verbindung mit der Einführung guter Kontrollsysteme beruhen sollen. Eine hohe persönliche Verantwortung aller Marktteilnehmer ist eine wesentliche Garantie für den Wohlstand. Es wäre ein großer Fehler, auf Strategien wie Nationalisierung, Überregulierung und Protektionismus zurückzufallen. Die ELDR unterstützt eine intensivere internationale Zusammenarbeit von Regulierungsbehörden und eine Stärkung der internationalen Standards und ist der Ansicht, dass ein reformierter Internationaler Währungsfonds dabei eine führende Rolle spielen sollte, um Finanzkrisen in Zukunft zu vermeiden.

Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) setzt sich aus Europaabgeordneten der politischen Parteien zusammen, die Mitglieder der Europäischen Liberaldemokraten und der Europäischen Demokraten sind.

Die Fraktion der ALDE zählt aktuell 100 Europaabgeordnete aus 22 Ländern der Union.

Die nationalen Mitgliedsparteien der ALDE finden Sie unter www.alde.eu und deren Programm unter www.eldr.org/pdf/manifeste/eldr-manifeste-electoral-en.pdf .

Europawahl: Einige Netzwerke sind bereits aktiv!

Bei Erstellung dieses Magazins (Ende März) berichteten viele nationale EAPN-Netzwerke, dass der Wahlkampf in ihren Ländern noch nicht wirklich begonnen hat und die Kandidatinnen und Kandidaten noch nicht ernannt sind. Einige Netzwerke bereiten sich aber schon vor ...!

EAPN Frankreich

Olivier Marguery, Mitglied des Exekutivausschusses

Das EAPN-Frankreich hat sich rund um UNIOPSS* (Union nationale interfédérale des œuvres et organismes privés sanitaires et sociaux) formiert, um ein Memorandum zu entwerfen, das die französischen Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl auffordert, sich zu verschiedenen Themen der Sozialwirtschaft und der Stellung der Sozialpolitik in den aktuellen Gemeinschaftsprozessen zu äußern. Das Memorandum zielt auch darauf ab, verschiedene Vorschläge für die nächste Legislaturperiode hervorzuheben, u.a.:

- Die Förderung einer größeren Anerkennung der Sozialwirtschaft auf europäischer Ebene, insbesondere des gemeinnützigen solidarischen Sektors, und eine Verbesserung der statistischen Instrumente der Sozialwirtschaft.
- Die Annahme des Status einer europäischen Vereinigung
- Die Erstellung einer Europäischen Charta für den Zivilen Dialog.
- Die Garantie einer größeren Rechtssicherheit für die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse.
- Die Förderung einer ehrgeizigeren europäischen sozialen Agenda.

Was speziell den Kampf gegen Armut anbelangt, so hat das Memorandum folgende Forderungen an das Europäische Parlament:

- Die Leistung eines Beitrags zur Anerkennung des Rechts auf ein adäquates Mindesteinkommen in allen EU-Mitgliedstaaten, das an das Durchschnittseinkommen gebunden ist.
- Die Förderung der aktiven Eingliederung.
- Die Unterstützung von Initiativen für eine bessere Teilhabe der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen..

Mehr Informationen unter: www.uniopss.asso.fr and www.eapn-france.fr.

EAPN Belgien

Ludo Horemans, Mitglied des Exekutivausschusses

Das belgische Netzwerk sieht verschiedene Aktionen im Vorfeld der Europawahl vor, insbesondere ein Memorandum, das auf dem EAPN-Manifest beruht und Folgendes aufgreift:

- Die Kampagne des EAPN für adäquate Mindesteinkommen, die ein Leben in Würde ermöglichen, sowie die Forderung, Mindesteinkommensmodelle anzuheben, damit sie wenigstens über der europäische Armutsschwelle liegen, so, wie es in Belgien bei der Mindestrente bereits der Fall ist.

- Das Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen. Die Berichte der früheren Treffen werden dem Memorandum beigefügt, und das Netzwerk fordert, dass die Vorschläge auf europäischer Ebene berücksichtigt werden.

Das Memorandum wird an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament weitergeleitet, die auch von den regionalen Netzwerken vor Ort kontaktiert werden.

Eine Verbindung zwischen dieser Wahl und dem Europäischen Jahr gegen Armut 2010 sowie der belgischen EU-Ratspräsidentschaft 2010 werden wir auf folgende Art und Weise herstellen:

- Regelmäßige Kontakte zum Staatssekretär für Armutsbekämpfung Jean-Marc Delizée.
- Unsere Beteiligung an der Lenkungsgruppe der nationalen Durchführungsstelle für das Jahr 2010, der wir bereits unsere Vorschläge vorgelegt haben.
- Unsere Teilnahme an den sieben Vorbereitungsseminaren von Staatssekretär Olivier Chastel, der mit der Vorbereitung der belgischen EU-Ratspräsidentschaft beauftragt ist und den wir bereits einmal getroffen haben.
- Ein Treffen mit dem Außenminister.
- Ein Treffen mit dem Premierminister.

EAPN Zypern

Ninetta Kazantzis, Mitglied des Exekutivausschusses

- Wir haben die zehn Forderungen des EAPN ins Griechische übersetzt und sind bereit, eine Broschüre zu drucken, die dann über unsere Mitgliedsorganisationen an die breite Öffentlichkeit verteilt wird.
- Wir werden Treffen mit den einzelnen Kandidatengruppen organisieren, um ihnen unsere Forderungen vorzulegen. Wir werden von ihnen verlangen, dass sie sich nach ihrer Wahl für die Einhaltung der EAPN-Grundsätze und Vorschläge zum Kampf gegen Armut und Ausgrenzung einsetzen.
- Diese Treffen sind noch für die Zeit vor unserem Osterfest am 19. April vorgesehen, da danach der Wahlkampf in seine heiße Phase eintritt und es unmöglich sein wird, die Kandidatinnen und Kandidaten in Gruppen zu treffen.
- Jede unserer Mitgliedsorganisationen wird Druck auf die Kandidatinnen und Kandidaten ausüben und ihnen die gleichen For-derungen vorlegen, wobei jene Forderungen hervorgehoben werden, die sie am meisten interessieren dürften.
- Die Stiftung Pancyprian Coordinating Committee for the Protection and Welfare of Children wird ebenfalls Druck auf die Kandidatinnen und Kandidaten ausüben, und zwar auf Grundlage der Forderungen von Eurochild zum Thema Kinderarmut.
- Zu unserer Lobbying-Strategie gehört auch eine Kampagne für Mindesteinkommen. In diesem Zusammenhang planen wir für Anfang April eine Pressekonferenz, zu der alle aktuellen Europaabgeordneten und sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten eingeladen werden.
- Wir haben das staatliche Fernsehen kontaktiert und hoffen, dass man über unsere Kampagne und Lobbyarbeit während des Wahlkampfes berichten wird – warten wir's ab!

Die Fraktionen im Europäischen Parlament

Die Europaabgeordneten gehören nicht nationalen Delegationen an, sondern Fraktionen. Aktuell gibt es sieben Fraktionen und einige fraktionslose Abgeordnete. In einigen Fällen ist eine Fraktion die formale Vertretung einer europäischen politischen Partei im Europäischen Parlament, in anderen Fällen handelt es sich bei ihr um eine politische Koalition einiger europäischer Parteien, nationaler Parteien und unabhängiger Politikerinnen und Politiker.

Mehr Informationen?

Website des Europäischen Parlaments:
www.europarl.europa.eu

- EU Civil Society Contact Group's European Parliament toolkit:

www.act4europe.org/code/en/materials.asp?Page=262&menuPage=262

Das Europäische Parlament ist auf EU-Ebene die einzig direkt gewählte Institution und entscheidet über europäische Gesetze, die unser tägliches Leben betreffen.

Das Europäische Parlament besteht aus „Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten", wie es im Vertrag von Rom aus dem Jahr 1957 heißt. Seine auf fünf Jahre gewählten 785 Mitglieder vertreten 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 27 Ländern

Wie nationale Parlamente besitzt auch das Europäische Parlament drei zentrale Befugnisse: Die **Gesetzgebungsfunktion, die Budgetierungsfunktion** und **die Kontrollfunktion.**

Das Europäische Parlament hält 12 Plenarsitzungen an seinem offiziellen Sitz in Straßburg ab. Plenarsitzungen und Ausschusstagungen sind öffentlich. Die ständigen Ausschüsse bereiten die Arbeit der Plenarsitzungen vor.

Logo	Name	Political position
	EPP-ED Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten	Christdemokraten
	PSE Sozialdemokraten	Sozialisten
	ALDE Allianz der Liberalen und Demokraten	Liberale
	GUE/NGL Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke	Kommunisten – Sozialisten – Arbeiter
	The Greens/EFA Grüne / Freie Europäische Allianz	Grüne
	UEN Union für ein Europa der Nationen	Nationalkonservative
	ID Unabhängigkeit und Demokratie	Europaskeptiker, Europakritiker